

# Verschmelzung ist „nicht gewünscht“

**FUSION** VG Langenlonsheim befürchtet vor allem finanzielle Nachteile / Unklar, ob Stromberger Bürger dafür wären

Von Jens Fink

**LANGENLONSHEIM.** Weit weniger aufgeregt als im Vorfeld erwartet gestaltete sich im Verbandsgemeinderat die Diskussion über die vom Land angeordnete Fusion der Verbandsgemeinden Langenlonsheim und Stromberg. Hierbei wurde schnell deutlich, dass beim Thema Zwangsfusion alle Fraktionen an einem Strang ziehen. Einstimmig erteilten die Ratsmitglieder einer Fusion mit Stromberg eine klare Absage und betonten, auch künftig die Eigenständigkeit ihrer VG bewahren zu wollen.

Neben einer Reihe von Zuhörern verfolgte auch Strombergs Bürgermeisterin Anke Denker (SPD) interessiert die Beratungen, die sachlich und erstaunlich zügig verliefen. Vertreter der Parteien machten unmissverständlich klar, dass sie keine Lust verspürten, mit der benachbarten VG zu einem Konstrukt zu verschmelzen.

So seien bei einem Zusammenschluss mit Stromberg „finanziell und wirtschaftlich für die VG Langenlonsheim nur Nachteile zu erwarten“, betonte Bürgermeister Michael Cyfka (CDU). Hierzu hatte die Verwaltung die entsprechenden

## IM VG-RAT NOTIERT

► „Sehr gut angenommen“ worden sei die diesjährige **Kulturwoche**, an der sich rund 800 Bürger beteiligt hätten, bilanzierte Bürgermeister Michael Cyfka.

Folgen für Langenlonsheim aufgelistet. Erhöhte Umlagezahlungen, die für 2016 gerechnet, die Bürger der VG um 538.000 Euro mehr belasten würden sowie hohe Kreditverpflichtungen Strombergs oder die Frage, wie zwei Rathäuser und Schwimmbäder finanziert werden sollten, wurden hier genannt. Während Stromberg rund 7,5 Millionen Euro Schulden bewältigen müsse, sei Langenlonsheim schuldenfrei und verfüge zudem über eine Rücklage von 3,8 Millionen Euro. Vor dem Hintergrund dieser Zahlen habe er Vertretern des Landesinnenministeriums deutlich gemacht, dass es gegenüber den Bürgern der VG Langenlonsheim nicht zu vertreten sei, einer Fusion angesichts der finanziellen Unterschiede beider Verbandsgemeinden zuzustimmen, betonte Cyfka.

Zunächst müsse geklärt wer-

den, ob die VG Stromberg ihren Beschluss von 2011 aufrecht erhalten wolle, eigenständig zu bleiben, meinte Alfons Lorsbach (CDU). Die VG Langenlonsheim habe jedenfalls „keinen Veränderungsbedarf“, meinte Lorsbach. Abgesehen von den für Langenlonsheim nachteiligen, finanziellen Folgen einer Fusion, die abzulehnen sei, biete womöglich eine „vernünftige Gebietsreform“ Lösungen, bei denen jedoch die Bürger und Mandatsträger vor Ort einbezogen werden müssten, betonte Lorsbach.



*Für uns in der VG Langenlonsheim geht es im wahrsten Sinne des Worts um eine existentielle Frage.*

Alfons Lorsbach, CDU-Ratsmitglied

Auch Michael Stolpp (FDP) sah eine Fusion als „nicht wünschenswert“ an. Bei solch einer „weitreichenden Entscheidung“ müssten zudem die Bürger über die Folgen aufgeklärt werden. Stolpp führte nicht zuletzt den hohen und von ihm mit 30 Millionen Euro beziffer-

ten Finanzbedarf für eine Fusion als Grund an, warum dieser vorläufig nicht zugestimmt werden sollte.

Herbert Dietz (SPD) sah viele Fragen bezüglich der Rahmenbedingungen einer Fusion und deren zeitlichen Ablauf noch als ungeklärt und wollte ebenfalls einem Zusammenschluss nicht zustimmen. Auch Kurt Römer (Grüne) wollte gerne wissen, welchen Nutzen eine Zusammenlegung bringen und wer etwa das Rathaus in Stromberg bezahlen solle. Ohne finanzielle Beteiligung des Landes sei eine Fusion nur schwer vorstellbar, vor der zudem zunächst geklärt werden sollte, ob die Bürger in Stromberg diese überhaupt befürworteten. Diesbezüglich müssten die Gemeinden gefragt werden, denn deren Bürger müssten eine Fusion letztlich bezahlen, meinte Dorsheims Ortsbürgermeisterin Marlene Hölz (FDP). Wenn sich etwa die Umlage erhöhe, „wäre dies für Dorsheim ein schwerer Schlag“.

Eine Fusion bringe für Langenlonsheim nur finanzielle Nachteile und werde überdies „von großen Teilen des Stromberger VG-Rates überhaupt nicht gewünscht“, wandte sich Bernhard Wolf (FLVL) gegen



**Gespannt wartete Strombergs Bürgermeisterin Anke Denker im Zuschauerraum auf das Ergebnis der Abstimmung.** Foto: Jens Fink

eine „im Hauruckverfahren durchgezogenen“ Fusion. Besser sei es, „alle Optionen zu prüfen, auch Kreisübergreifende“, meinte Wolf. Fusionen über Kreisgrenzen hinweg habe es im Land schon gegeben, „daher gibt es durchaus Alternativen“, bekräftigte Bürgermeister Cyfka. ► **KOMMENTAR**

KOMMENTAR



## Die Aussteuer

Gert Schatto  
zur Fusion

[gschatto@vrm.de](mailto:gschatto@vrm.de)

**M**ichael Cyfka hat alles richtig gemacht. Der Langenlonsheimer Bürgermeister wird dafür bezahlt, das Beste für seine Verbandsgemeinde rauszuholen. Also lehnt der Verbandsgemeinderat die Fusion mit den verschuldeten Stromberger Nachbarn erst mal ab, schlägt Pflöcke ein. Cyfka wird wissen, dass er auf lange Sicht gegen das Land keine Chance hat, die Zwangsfusion ist eine dicke Keule. Doch das Langenlonsheimer Veto zwingt nun erst mal alle den Verhandlungstisch, die Aussteuer für die Vernunfthochzeit will verhandelt sein. Das Land wird am Ende ein paar Millionen Euro auf Langenlonsheimer Konten überweisen – und Cyfka kann sich bei diesen Gesprächen mit Mainz so ganz nebenbei für die anstehenden Bürgermeisterwahlen profilieren. Er wäre dann neben Markus Lüttger der zweite Christdemokrat, der eine Groß-Verbandsgemeinde führt.

*Es geht jetzt  
einfach nur  
ums Geld*